

## **Medienmitteilung**

Winterthur, 2. Oktober 2008

### **Unverständlicher Entscheid des Zürcher Regierungsrat zur Frage eines Pistenausbaus**

Der Regierungsrat beantragt dem Kantonsparlament, die Behördeninitiative "Kein Neu- und Ausbau von Pisten" abzulehnen. Damit setzt sich die Regierung über die Tatsache hinweg, dass sich der Kantonsrat bei früherer Gelegenheit schon einmal gegen Pistenverlängerungen am Flughafen Zürich ausgesprochen hat. Gleichzeitig bedeutet dieses Bekenntnis auch eine erneute Desavouierung der zahlreichen Behörden- und Bürgerorganisationen in der gesamten Flughafenregion, die im Rahmen des SIL-Prozesses wiederholt nahezu geschlossen eine Beibehaltung des heutigen Pistensystems befürwortet haben.

Für die *Region Ost* ist der Entscheid des Regierungsrats im Wesentlichen aus folgenden Gründen nicht haltbar:

Wenn der Regierungsrat in seiner Verlautbarung von möglichen Lärmoptimierungen spricht, meint er damit nichts anderes als eine Verlagerung der Landeanflüge in den Osten und der Starts in den Norden, um den Süden möglichst vollständig von Fluglärm zu entlasten. Gibt der Regierungsrat sodann vor, mit der Option Pistenverlängerungen die Lärmbelastung insgesamt senken zu wollen, verschweigt er, dass es ihm nicht primär um den Schutz der Bevölkerung, sondern um eine Kapazitätserhöhung des Pistensystems geht. Dies hat auch das Bundesverwaltungsgericht in seinem kürzlich ergangenen Entscheid gegen eine Projektierungszone im Westen des Flughafens erkannt. Das Gericht hält dort ausdrücklich fest, die Flughafenbetreiberin unique bezwecke mit einer Verlängerung der Piste 10/28 eine blosser Aufwertung besagter Piste (höhere Anzahl Landungen) und damit eine Erweiterung der Betriebskapazitäten.

Ferner behauptet der Regierungsrat, die Bevölkerung könne über die Staatsvertretung im Verwaltungsrat der Flughafenbetreiberin bereits heute indirekt bei Pistenverlängerungen mitsprechen. Es unterbleibt aber der Hinweis, dass die heutigen



Delegierten des Kantons Zürich in der Führungsetage von unique klare Befürworter eines weiteren Flughafenausbaus und keine Fürsprecher der lärmgeplagten Flughafenbevölkerung sind.

Entgegen der Haltung der Regierung spricht zudem das Argument der Planungssicherheit klar für die fragliche Behördeninitiative. Bleibt das heutige Pistenystem nämlich unverändert bestehen, wird der Anzahl der möglichen Flugbewegungen eine Obergrenze gesetzt und das künftige Flugregime muss sich zwangsläufig am historisch gewachsenen Flugbetrieb orientieren. Das bedeutet gleichzeitig, dass die Fluglärmentwicklung, welche die Raumplanung rund um den Flughafen massgebend beeinflusst, für die betroffenen Städte und Gemeinden langfristig besser kalkulierbar bleibt. Demgegenüber würde der vom Regierungsrat befürwortete Pistenausbau die Möglichkeit eröffnen, den herkömmlichen Flugbetrieb durch eine höhere Flexibilität bei den An- und Abflügen weit gehend umzukrempeln und die Gesamtzahl der Flugbewegungen beträchtlich zu erhöhen. Diese Veränderungen, die durch eine einseitige Interessenwahrnehmung motiviert sind, stehen in einem augenfälligen Widerspruch zu grundlegenden Prinzipien wie Planungs- und Rechtssicherheit.

Vor diesem Hintergrund ist die *Region Ost* zuversichtlich, dass der Kantonsrat der Argumentation der Regierung nicht folgen und sich im Gesamtinteresse der Bevölkerung für die Umsetzung der Behördeninitiative aussprechen wird.

---

**Für Rückfragen:**

Stadtrat Michael Künzle, Präsident *Region Ost*, Tel. 052 267 58 12